

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 42 (1962-1963)
Heft: 10

Rubrik: Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 09.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

RUNDSCHAU

WENDEPUNKT DER NATO-STRATEGIE?

Das vorweihnachtliche Treffen zwischen Präsident *Kennedy* und Premierminister *Macmillan* auf den Bahamas hat der NATO-Strategie neue Impulse, ja vielleicht eine neue Wendung gegeben. Die Folgen der amerikanisch-britischen Vereinbarungen sind noch nicht abzusehen, da auch Paris und Bonn und darüber hinaus die kleineren NATO-Alliierten sich mit dem Vorstoß für eine *Neuregelung der westlichen Nuklearverteidigung* auseinanderzusetzen haben werden.

Von der «Skybolt» zur «Polaris»

Die Abmachung der beiden Regierungschefs über die Raketen setzt der Weiterentwicklung der *Skybolt* in den USA ein Ende, die als Luft-Boden-Lenkgeschöß für Mittelstrecken (rund 1600 km) geplant war und auf deren Übernahme sich die Royal Air Force (RAF) vorbereitet hatte. Washington hegt Zweifel an der Weiterführung dieses Projekts und verfügt zudem über gleichwertige Waffen. Als Alternativlösung stimmte Macmillan schließlich einer Lieferung von *Polaris-Raketen* zu, die als Mittelstreckenmissil eine Reichweite von 2200 km haben und auch von Unterseebooten abgeschossen werden können. Großbritannien wird diese Raketen von den USA kaufen, sie jedoch mit eigenen Sprengköpfen ausstatten und in selbstgebauten Unterseebooten installieren. Die RAF geht so zugunsten der Navy der Hoffnung auf eine wichtige Waffe verlustig, was in England bittere Kommentare ausgelöst hat. Der Bau der Boote wird sehr kostspielig und zudem wird die Waffe erst viel später einsatzbereit sein. Daß gleich nach Abschluß der Vereinbarung eine «*Skybolt*» erfolgreich von einem Flugzeug abgeschossen wurde, hat die Bitterkeit in britischen Kreisen noch vertieft.

Das britisch-amerikanische «*Polaris*»-Ar-

rangement wird jedoch in den Rahmen der NATO gestellt, und zwar in den Rahmen einer multilateralen Nuklearstreitmacht. Dieser künftigen NATO-Kernwaffe sollen auch Teile der strategischen Streitmacht der USA, der britischen Bomberkommandos und der bereits in Europa stationierten taktischen Atomstreitkräfte unterstellt werden. Der alte Plan einer gemeinsamen Kernwaffe der Atlantikmächte taucht damit erneut auf, nachdem er angesichts von Erklärungen im Pentagon bereits totgesagt worden war und auch das Angebot von «*Polaris*»-Unterseebooten an die NATO, das man einst unter Eisenhower an die NATO gemacht hatte, fast in Vergessenheit geraten war.

Umkehrung von Schwert und Schild

«Der Präsident und der Premierminister sind übereingekommen, daß neben der Notwendigkeit, über einen *nuklearen Schild* zu verfügen, auch die Notwendigkeit besteht, über ein *konventionelles Schwert* zu verfügen.» So umschreibt das Communiqué über die Nuklearpolitik vom 21. 12. das Verhältnis der Grundelemente der atlantischen Verteidigung (NZZ vom 23. 12., Nr. 5143). Eine gründliche Umkehrung hat sich vollzogen, wenn man an die Jahre der Strategie der massiven Vergeltung (*massive retaliation*) zurückdenkt, die im Zeichen des nuklearen Monopols der USA stand. Damals sollten die konventionellen Streitkräfte von Norwegen bis zur Türkei den Schild darstellen. Auf eine Offensive des Ostens jedoch wäre mit einem Schlag des Schwertes, nämlich der Nuklearstreitkräfte Amerikas und Großbritanniens, geantwortet worden.

Durch das nukleare Gleichgewicht zwischen Ost und West ist diese Strategie obsolet geworden. Vor allem in England ver-

suchte man sich zwar in einer Art Vogelstraußpolitik auf das gefährlich simple Abschreckmittel zu verlassen, das nur die Alternative Kapitulation — totale Katastrophe offenließ. «Reine Atomstrategie bedeutet für Europa nämlich, in einer Gefahrenlage zum Selbstmord entschlossen zu sein», schreibt der SPD-Militärexperte Fritz Erler zu dieser überwundenen Konzeption (Christ und Welt, 21. 12. 62, Nr. 51, S. 5). Die Forderung nach einer flexibleren Verteidigung wurde immer stärker. Experten wie Henry A. Kissinger forderten den Aufbau einer taktischen Atomwaffe; General Maxwell Taylor, heute als Vorsitzender des «Joint Chiefs of Staff» der höchste amerikanische Offizier, trat für eine Verstärkung der konventionellen Streitkräfte ein. So ist aus der Nuklearwaffe allmählich der Schild geworden, mit dem der Westen sich vor Bedrohung und Erpressung schützt, während er einer Aggression mit dem Schwert, den konventionellen Kampfmitteln, elastisch und flexibel zu begegnen sucht; die «Escalation», der stufenweise Übergang zu stärkeren Verteidigungswaffen, läßt ihm trotzdem den ganzen Spielraum der «Abschreckung» offen.

Großbritannien zwischen Amerika und Europa

Die Revision der westlichen Nuklearstrategie, durch die Vereinbarungen in Nassau auf den Bahamas inauguriert, ist keine britisch-amerikanische Angelegenheit allein: De Gaulle und Adenauer sind von Kennedy über die Ergebnisse unterrichtet worden, ja dem für seine Alliierten schwierigen Präsidenten im Elysée wird angeboten, sich wie Großbritannien mit amerikanischen Raketen auszurüsten. De Gaulles Idee eines NATO-Dreierdirektoriums (USA, Großbritannien, Frankreich) wird sichtbar, ohne daß Frankreich der volle Beitritt zum Atomclub angeboten wird. Jedenfalls soll de Gaulle hier eine Brücke gebaut werden, die ihn zur Rückkehr zu einer engeren Zusammenarbeit in der Atlantischen Allianz bewegen könnte, unter gleichzeitiger Reduktion seiner ehrgeizigen und kostspieligen Pläne für eine französische Atomstreitmacht. Die «New

York Times» setzt ein großes Fragezeichen hinter diesen amerikanisch-britischen Versuch und bezeichnet in ihrem skeptischen Kommentar überhaupt die ganze Vereinbarung mehr als Kompromiß und Anfang, denn als Lösung (24. 12. 62). Bekanntlich stehen auch in Washington politische Kräfte jeder engeren nuklearen Zusammenarbeit ablehnend gegenüber.

Die multilaterale Ausweitung der Nuklearfrage bestätigt aber auch, wie prekär es um das «Sonderverhältnis» Londons zu Washington bestellt ist. Großbritannien, das im Prozeß der Entkolonisierung eben in der Zentralafrikanischen Föderation einen schwierigen Rückzug angetreten hat und im eigenen Lande gegen eine wachsende Arbeitslosigkeit ankämpft, sucht den Anschluß an Europa durch den Beitritt zur EWG. Macmillan führt mit Zähigkeit und Gleichmut diesen Übergang in ein neues Zeitalter — gegen den Widerstand konservativer Kräfte im eigenen Lager und der sozialistischen Opposition. Dieser Anschluß an Europa geht aber nicht vonstatten ohne einen gewissen Prestigegewinn Frankreichs und der Deutschen Bundesrepublik, der beiden Gegenspieler in der EWG.

Achesons Kritik

Eine Illustration für die Schwierigkeiten und die Empfindlichkeiten um die Einigung Europas unter Einschluß Großbritanniens und um das europäisch-amerikanische Verhältnis bot die heftige Reaktion auf *Dean Achesons* schonungslose Kritik an den europäischen Alliierten. Die Wandlung von Schützlingen in volle Partner ist noch nicht abgeschlossen. Der einstige Staatssekretär unter Truman ist ein wichtiger Berater im Weißen Haus, und seine Äußerungen in West Point waren deshalb mehr als die Meinung eines «Privatmannes»: Großbritannien, das sein Empire verlor, habe noch keine neue Rolle gefunden, und sein Versuch, auf Grund seiner «Sonderbeziehung» zu den USA und seiner Führung des Commonwealth, der ohne politische Struktur sei, als Großmacht aufzutreten, sei so gut wie zu

Ende. Trotz der wirtschaftlichen Wiedergeburt Westeuropas seien die politischen Verhältnisse chaotisch. Die Regime in Deutschland, Frankreich, Portugal und Spanien hingen von Männern ab, die das Alter erreicht hätten, in denen Staatschefs ihre Bürde niederzulegen pflegten. Der frühere Staatssekretär, der sich im Ost-West-Konflikt stets durch eine illusionslose Bewertung der Lage auszeichnete (vgl. Dean Acheson, Die Gefahr des Handelns mit Moskau, Schweizer Monatshefte, Nr. 11, Februar 1960, S. 1061 ff.), hat durch mangelnde Psychologie nicht nur Störungen ins interalliierte Verhältnis gebracht, sondern auch die britische Position in den Brüsseler Verhandlungen durch seine Freimütigkeit erschwert.

Obwohl die Einigung zwischen Kennedy und Macmillan einerseits den strategischen Realitäten Rechnung trägt und andererseits doch den europäischen Alliierten Washingtons den Weg zu einer engeren Zusammenarbeit ebnet, ist die Zukunft der Pläne ungewiß: De Gaulle ist zu stark seinen eigenen nationalen Aufgaben verpflichtet; Bonn hat zwar unter Anführung von Strauß eine multilaterale Atomstreitkraft propagiert, steht jedoch der Umkehrung von «Schild» und «Schwert» sehr kritisch gegenüber. Einen gewissen Trost verschaffen sich Beobachter einzig im Hinblick auf den *Ostblock*, wo der Riß zwischen Moskau und Peking immer tiefer wird. Chruschtschew versucht darum, Tito mit Konzessionen ganz in sein Lager zurückzuholen und die wirtschaftliche Organisation *Comecon* zu einem Machtinstrument und Gegenstück zur EWG auszubauen.

Neues Kabinett Adenauer

In der zweiten Dezemberwoche ist in Bonn ein neues Kabinett Adenauer vereidigt worden — wohl die schwächste Koalitionsregierung des Bundeskanzlers, weil die beiden Partner, CDU/CSU und die Freien Demokraten (FDP), sich nur mühsam unter gegenseitigem Mißtrauen wieder zusammenfanden. Vorher waren von der CDU mit den Sozialdemokraten Verhandlungen über die Bildung einer Großen Koalition geführt wor-

den, die jedoch an der Frage des Majorzes für die nächsten Bundestagswahlen scheiterten — jedenfalls wurde aber durch diese Gespräche ein Tabu gebrochen, daß nämlich eine schwarz-rote Koalition, wie sie Österreich seit langem kennt, in der Bundesrepublik undenkbar sei.

Die wichtigste Umbesetzung erfolgt im Verteidigungsministerium, wo *Strauß* durch den Ministerpräsidenten von Schleswig-Holstein, Kai-Uwe von Hassel, abgelöst wird. Strauß, der sich mit seinem ungebändigten Temperament jene Kompetenzüberschreitungen in der «Spiegel»-Affäre zuschulden kommen ließ, die seinen Sturz verursacht haben, führte seit 1956 den Aufbau der Bundeswehr. Sie ist inzwischen mit ihren 400 000 Mann zum stärksten Truppenkontingent der NATO aufgestiegen. Die Art und Weise, wie Ernst Lemmer, der bisherige Minister für gesamtdeutsche Fragen, und andere Politiker formlos verabschiedet wurden, machte über die Berliner CDU hinaus böses Blut.

Die Vertrauenskrise in der Bundesrepublik, ausgelöst durch die *Spiegel-Affäre*, ist damit nicht behoben; die geplante Große Koalition wäre ein Weg gewesen, um in einer loyalen Zusammenarbeit zwischen bisheriger Regierungspartei und bisheriger Opposition in der Öffentlichkeit das Vertrauen in die staatlichen Institutionen und deren Träger neu zu festigen. Nun ist es Sache der Justiz, die Anklage des Landesverrats zu überprüfen. Trotz der Übergriffe des Verteidigungsministers und überflüssiger Schikanen der Polizeiinstanzen handelte der Generalbundesanwalt durchaus im Rahmen seiner Kompetenzen. Der frühere Generalbundesanwalt und jetzige Bundestagsabgeordnete Max Güde versucht in einem Aufsatz «Politische Verantwortung und öffentliche Meinung» die Proportionen der Affäre wiederherzustellen, die beweist, wie sehr das Verhältnis des Deutschen zu seinem Staat gestört ist («Die politische Meinung», Nr. 79, Dezember 1962, S. 23 ff.). Die Affäre reicht bis in die Zusammenarbeit der westlichen Allianz hinein, denn Ausgangspunkt war ja die Veröffentlichung aus einem geheimen NATO-Dokument.

Picus

INTEGRATION UND POLYZENTRISMUS IM OSTBLOCK

Zu neueren Analysen über die Strukturwandlungen im kommunistischen System

Es ist heute bereits eine Binsenwahrheit, daß die so oft zitierte und lange überschätzte «monolithische Einheit» des kommunistischen Blocks nicht mehr besteht. Die Frage bleibt offen, inwieweit eine solche Einheit jemals — selbst unter Stalin — bestanden hat. Sicher ist jedenfalls, daß zu Lebzeiten des georgischen Diktators die zentrifugalen Kräfte der kommunistisch gewordenen Länder Osteuropas und Asiens einer viel schärferen Kontrolle und engeren Bindung unterworfen waren und sich die neuen Machthaber in Peking machtpolitisch zu schwach fühlten, um Moskau seine gewalttätige Vorherrschaft streitig machen zu können. Trotzdem war der nach dem Tode Stalins 1953 einsetzende Differenzierungsprozeß in seinen Ansätzen zweifellos schon vorher vorhanden. Dies betrifft nicht nur den unterdrückten, jedoch nie ausgeroteten osteuropäischen Nationalismus mit seiner kulturellen, historischen und sozialen Vielfalt, sondern gilt ebenso für den heranreifenden machtpolitischen Gegensatz der beiden Großmächte Sowjetunion und China — eine Entwicklung, wie sie naturgemäß dort gegeben ist, wo zwei in ihrer Größe, ihrem Charakter und ihrer wirtschaftlich-politischen Entwicklung so verschiedene Mächte aufeinanderstoßen. Früher oder später mußte deshalb ein Antagonismus zwischen den beiden kommunistischen Riesen entstehen, den zwar eine weitgehende Gemeinsamkeit der Interessen immer wieder zu überdecken vermag, der wegen seiner tieferliegenden Ursachen und Motive aber kaum jemals zu überwinden sein wird. Dieser Gegensatz erfuhr mit Stalins Tod eine erste sichtbare Verschärfung, die sich mit dem allmählichen Wachstum chinesischer Macht — und damit des Selbstbewußtseins — ständig akzentuierte. Es war nur natürlich, daß die Chinesen den Tod Stalins benützten, um zu versuchen, seine Nachfolger zu einer nachgiebigeren Haltung zu bewegen: Chru-

schtschew hatte nach seinem Machtantritt dieser Situation Rechnung zu tragen. Sie enthielt zahlreiche Elemente der Spannung, des Widerspruchs und der Desintegration, mit denen er auf seine Art und mit den ihm zur Verfügung stehenden Mitteln fertig werden mußte, ohne daß er die Herausbildung einer *divergierenden Einheit* hätte verhindern können.

Sowjetischer Großmachtchauvinismus und nationale Selbständigkeit

Der Ausdruck «divergierende Einheit» kennzeichnet die gegenwärtige Situation im kommunistischen Block wohl am treffendsten. Er stammt von *Zbigniew Brzezinski*, einem der führenden amerikanischen Ostspezialisten und Autoren des ausgezeichneten Buches *The Soviet Union — Unity and Conflict*¹. Brzezinski zeichnet den Aufbau des kommunistischen Blocks in den Nachkriegsjahren sicher richtig, wenn er das Aufeinanderstoßen des sowjetischen Hegemonie- und totalitären Einheitsanspruchs mit den vielfältigen Traditionen und Interessen der osteuropäischen Staaten und ihren ungelösten nationalen Zwistigkeiten (so beispielsweise den polnisch-tschechischen Streit um Teschen, das heiße Eisen der Anerkennung der Oder-Neiße-Linie zwischen Polen und Ostdeutschland und Titos eigenwillige Pläne für eine Balkanföderation) besonders herausstellt. Diese Streitpunkte, Herde ständiger Reibungen, paßten selbstverständlich nicht zur Konzeption eines monolithischen Blocks, wie Stalin sie für Osteuropa entwarf. Es waren vor allem zwei Faktoren, die ihm bei der zwangsweisen Beilegung (nicht Lösung!) dieser Konflikte und der Herstellung einer «konfliktlosen Einheit» halfen: neben der drohenden Präsenz der Roten Armee bildete das disziplinierte Kader von Kommunistenführern wie Ulbricht, Bierut, Rakosi und Dimitrow den nach Osteuropa verlängerten

Arm Moskaus zur Beherrschung und Kontrolle dieses Raumes. Sie waren, meist als Funktionäre der Komintern, im Geiste strengster Unterordnung unter die Befehle Stalins erzogen worden, so daß für sie das Interesse der Sowjetunion und des internationalen Kommunismus notwendigerweise zusammenfallen mußten. Stalin fiel es deshalb schwer, die 1945 in ihre Heimatländer zurückgekehrten Kommunistenführer als gleichberechtigte Partner und nicht als untergeordnete Befehlsempfänger zu behandeln. Diese wiederum gewöhnten sich nur allmählich daran, als Führer ihres Landes in nationalen und nicht sowjetisch-kommunistischen Kategorien zu denken und zu regieren. Solange diese Anpassung an die neue Perspektive nicht stattgefunden hatte und solange zu Lebzeiten Stalins jede Art von «Nationalkommunismus» undenkbar war, solange blieb auch die «monolithische Einheit» mit der ideologisch wie politisch unanfechtbaren Vorherrschaft der Sowjetunion und ihren Interessen gesichert. Nur langsam begannen die osteuropäischen Kommunisten zu realisieren, daß manche Probleme ihres eigenen Landes durchaus verschieden vom sowjetischen Modell gelöst werden konnten, daß der «Aufbau des Sozialismus» irgendwie den nationalen Möglichkeiten und Verhältnissen Rechnung tragen mußte und daß manche nationale Interessen nicht unbedingt mit denjenigen der Sowjetunion übereinzustimmen brauchten.

Der sich hier abzeichnende latente Konflikt zwischen dem sowjetischen Großmachtchauvinismus und dem Anspruch auf eine gewisse Selbständigkeit und Berücksichtigung nationaler Eigenarten wurde in dem Augenblick akut, in dem Stalin von der Bühne abtrat und in dem als Folge der «Entstalinisierung» in den Volksdemokratien die ehemaligen Komintern-Funktionäre und Stalinisten einer stärker «national» denkenden Führungsschicht Platz machen mußten. Für diese Entwicklung gibt es zwei besonders eindruckliche Beispiele: einmal die Tatsache, daß in Polen die Anhänger des kurz vorher verstorbenen Stalinisten Bierut durch eben jenen Gomulka verdrängt wurden, der 1948 wegen seiner prononciert national-kommu-

nistischen Thesen ins Gefängnis geworfen worden war; zum andern den Fall Ulbrichts, der als einziger Komintern-Funktionär heute noch an der Macht ist und dementsprechend die «Entstalinisierung» kaum mehr als formal durchgeführt hat und Ostdeutschland unverändert in vollständiger Abhängigkeit von der Sowjetunion hält.

Ansätze einer Neuordnung im Ostblock

Es ist schwer zu sagen, ob Chruschtschew bei seinem Versuch einer Neuordnung der Zu- und Unterordnungsverhältnisse im kommunistischen Block die Tragweite dieser «Entstalinisierung» abzusehen vermochte. Sicher hat er die Stärke der während über zehn Jahren betriebenen politischen, wirtschaftlichen, militärischen und ideologischen «Integration» über- und die Virulenz des dadurch verletzten Nationalbewußtseins der unterdrückten Völker weit unterschätzt. Er mußte darum mit Lockerungs- und Selbstständigkeitsregungen rechnen — und hat sie zweifellos beim Abfassen seiner Geheimrede am XX. Parteitag 1956 bis zu einem gewissen Grade berücksichtigt. Der fast revolutionäre Oktoberumschwung in Polen und der ungarische Aufstand gingen dann allerdings weit über die von Chruschtschew zugebilligte Toleranzspanne hinaus, weil sie die Fortexistenz des Blocks überhaupt in Frage stellten. Somit hatten sich also weder die enge wirtschaftliche Bindung der Volksdemokratien im Rahmen des 1949 gegründeten *Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe* (Comecon) noch die politisch-militärische Integration mit Hilfe des 1955 ins Leben gerufenen *Warschauer Paktes* als für den Zusammenhalt des Ostblocks genügend stark erwiesen.

Daß dies in jedem Fall auf den Comecon zutrifft, geht besonders deutlich aus der Dokumentensammlung über diese internationale Organisation kommunistischer Staaten hervor, die *Alexander Uschakow* zusammengestellt und mit einer ausführlichen und überaus gründlichen Einleitung versehen hat². Seine vorwiegend juristisch-völkerrechtliche Betrachtungsweise findet ihre vorzügliche wirtschaftstheoretische Ergänzung in dem

Band von *Klinkmüller/Ruban* über «Die wirtschaftliche Zusammenarbeit der Ostblockstaaten»³ und einer guten Übersicht, die *Hans Bräker* über die verschiedenen Tagungen des Comecon bis 1960 in der Zeitschrift «Osteuropa-Wirtschaft» zusammengestellt hat⁴. Aus allen Darstellungen geht hervor, daß der Comecon bis ungefähr 1954 Moskau lediglich als Instrument der wirtschaftlichen Ausbeutung der Volksdemokratien diente, ohne daß wirkliche Bemühungen um einen Zusammenschluß der nationalen Wirtschaftssysteme unternommen wurden. Im Gegenteil: jedes Land strebte vielmehr eine möglichst große wirtschaftliche Autarkie an und baute deshalb, unter der Decke einer Pseudo-Integration, ohne Rücksicht auf zwischenstaatliche Koordination und gegenseitige Abstimmung eine eigene Schwerindustrie auf. Für diese Periode ist es denn auch bezeichnend, daß in den Jahren 1950 bis 1954 keine Ratstagungen des Comecon stattfanden, auf denen eine stärkere Koordinierung hätte beschlossen werden können. Erst die 4. Ratstagung vom März 1954 leitete eine Übergangsphase der allgemeinen Reorganisation ein — sie fällt also genau zusammen mit den innenpolitischen Veränderungen in der Sowjetunion nach Stalins Tod.

Die eigentliche Neuorientierung begann jedoch erst — unter dem Einfluß des XX. Parteitages der KPdSU — an der 7. Tagung des Comecon in Ost-Berlin im Mai 1956, also wenige Monate vor den Ereignissen in Polen und Ungarn. Jetzt wurden erstmals die konkreten Grundlagen für die Koordinierung der nationalen Volkswirtschaftspläne festgelegt. Um sich politisch auswirken zu können, kam dieser Schritt bereits zu spät: die Herbstkrise von 1956 stellte die gesamte bisherige «Integration» des Ostblocks und die Tätigkeit des Comecon in Frage. Sie zwang die kommunistischen Führungsgremien zu einer grundlegenden Neuüberprüfung der Zusammenarbeit unter den Ostblockländern. Den folgenreichsten Anstoß hierzu hatte Chruschtschew selbst ein Jahr zuvor gegeben, als er Jugoslawien bei seinem Besuch in Belgrad 1955 das Recht auf einen «eigenen Weg zum Sozialismus» zugestand. Damit wurden im-

plicité das nationale Element und die spezifischen Besonderheiten der Volksdemokratien als Faktoren anerkannt, die die zwischenstaatlichen Beziehungen innerhalb des Blocks mitbestimmten. Mehr noch als damals mußte jetzt, im Herbst 1956, die Reorganisation der Ostblockbeziehungen an dieses sowjetische Zugeständnis anschließen. Sie betraf in erster Linie den Comecon, der im Laufe der folgenden Jahre — wie *Uschakovs* Einleitung und die in seinem Band veröffentlichten Communiqués über die Ratstagungen zeigen — zu einem Instrument der zwischenstaatlichen Arbeitsteilung und Zusammenarbeit, allerdings weiterhin unter sowjetischer Prädominanz, ausgebaut wurde. Ende 1959 erhielt der Comecon erstmals einen völkerrechtlichen Status durch die Annahme eines Statuts und einer Konvention, die die Rechtsfähigkeit, Privilegien und Immunitäten des Rates festlegte.

Eine weitere Folge der Herbstkrise 1956 betraf den Warschauer Pakt. Dieser war nicht allein als Gegenmaßnahme zur Gründung der Westeuropäischen Union und des Beitritts der Bundesrepublik Deutschland in die NATO konzipiert, sondern diente gleichzeitig dem Ausbau der sowjetischen Vormachtstellung im ostmitteleuropäischen Bereich. Darauf weist Prof. *Boris Meißner* in seinem vorzüglich edierten Dokumentenband über den Warschauer Pakt hin⁵. Seiner — sicher annehmbaren — Ansicht nach lag es hauptsächlich an den Ereignissen in Polen und Ungarn, wenn die beabsichtigte politisch-militärische Integration die von der Sowjetunion erhofften Ergebnisse nur in einem sehr begrenzten Maße zeitigte. Vor allem machte die ungarische Revolution mit dem Abfall großer ungarischer Truppenteile und der Forderung nach Abzug der sowjetischen Besatzungstruppen deutlich, wie wenig die von Moskau aufoktroyierte «Einheit» Wurzeln gefaßt und Beständigkeit erlangt hatte. Auch *Meißner* vermag in seiner Untersuchung nicht zu sagen, welche Maßnahmen zur Reorganisation und Festigung des Warschauer Paktes als Lehre aus der Herbstkrise eingeleitet wurden. Es dürfte aber damit zu rechnen sein, daß Moskau auch hier Sorge getragen hat, damit sich ähnliche Vorkomm-

nisse nicht wiederholen. Es ist *Meißner* jedenfalls zuzustimmen, wenn er sagt, daß der politische Wert der Warschauer Paktorganisation wohl größer ist als der militärische. So hat die Sowjetunion bis heute nicht daran gedacht, ihr Monopol an nuklearen Waffen und Waffenträgern mit den übrigen Mitgliedstaaten zu teilen, von einer Abgabe solcher Waffen an China ganz zu schweigen.

Der sowjetisch-chinesische Konflikt

Zweifellos in ursächlichem Zusammenhang mit den Ereignissen in Polen und Ungarn stand die abermalige Entfremdung zwischen Moskau und Belgrad, während die Verschärfung der sowjetisch-chinesischen Gegensätze zeitlich etwa mit dem Jahre 1957 anzusetzen ist. *Meißner* nennt in einer sehr aufschlußreichen Analyse über diese beginnende Auseinandersetzung zwischen den beiden Großmächten folgende besonders bedeutsame Motive⁶:

1. Das Streben Pekings nach einem Mitspracherecht in der Führung sowohl des Ostblocks als auch der kommunistischen Weltbewegung;

2. Das Bemühen Pekings, seine Hegemonie auf ganz Südostasien auszudehnen und seinen Einfluß in der Pufferzone gegenüber der Sowjetunion (Sinkiang, Äußere Mongolei, Nordkorea) zu verstärken;

3. Die Ansicht Pekings, daß die kommunistische Taktik in den Entwicklungsländern eine stärkere Anwendung kriegerischer Methoden erfordert und in erster Linie auf die Schaffung kommunistischer Machtpositionen im Zusammenwirken mit den Massen gerichtet sein muß und sich nicht mit der Errichtung neutralistischer Regimes zu begnügen habe;

4. Den Anspruch Pekings, auf dem schnellsten Wege Atommacht zu werden, sowie seine Abneigung gegen eine beschleunigte Abrüstung;

5. Die Forderung Pekings nach einer verstärkten sowjetischen Wirtschaftshilfe.

Mit der mehr oder weniger ausgesprochenen Formulierung dieser chinesischen Position gegenüber Moskau war der Ansatz-

punkt zur Bildung eines *polyzentristischen Systems* gegeben. Der italienische Parteiführer Togliatti hatte davon bereits nach dem XX. Parteitag der KPdSU gesprochen. Nunmehr trat es sichtbar in Erscheinung: neben Moskau und dem «abtrünnigen» Belgrad etablierte sich Peking als immer stärker nach Autonomie strebendes Zentrum im kommunistischen System. Damit trat ein ganz neues Element auf: zum ersten Male stellt sich für eine dissidente Volksdemokratie zum mindesten theoretisch nicht mehr die ungemein folgenreiche Alternative der unbedingten Unterwerfung unter Moskau oder der Ausstoßung aus der kommunistischen Gemeinschaft. Vielmehr zeigt das Beispiel Albaniens, daß dessen vollständige Isolierung nicht mehr so einfach zu erreichen ist wie im Falle Jugoslawiens 1948: die Rivalität zwischen der Sowjetunion und China gibt heute dem opponierenden Staat eine dritte Möglichkeit. Er kann sich nämlich fortan in den Einfluß- und Schutzbereich der rivalisierenden Großmacht begeben, womit sich zugleich das Kräfteverhältnis zu deren Gunsten verschiebt. Darüber hinaus hat die chinesische Parteiführung verkündet, daß Mao Tse-tung eine asiatische Version des Marxismus-Leninismus entwickelt habe, und daß es dieser asiatisch geprägte Kommunismus sei, der den ehemaligen Kolonialländern zum Vorbild für ihre weitere Entwicklung dienen könne. Hier zeichnet sich — wie aus verschiedenen Aufsätzen in der ausgezeichneten Zeitschrift *Survey* hervorgeht — neben der potentiellen oder tatsächlichen Spannung innerhalb des Blockes selbst eine sowjetisch-chinesische Rivalität in der nichtkommunistischen Welt ab, deren Folgen heute noch nicht abzusehen sind⁷.

Der sozialistische Internationalismus als neues Organisationsprinzip

Das Entstehen unterschiedlicher Auffassungen innerhalb des internationalen Kommunismus zwang somit die Sowjetunion, ihren Beziehungen zu den übrigen Blockstaaten eine Form zu geben, die unter Aufrechterhaltung der — wenn auch «divergieren-

den» — Einheit den verschiedenen Tendenzen und nationalen Besonderheiten vermehrt Rechnung trug. Andernfalls stand und steht für Moskau zu befürchten, daß die verschiedenen ideologischen Akzentuierungen und politischen Auffassungen entweder zu Spaltungen innerhalb des Blocks oder zur Herausbildung eines stillschweigenden Übereinkommens darüber führen, daß derartige Meinungsverschiedenheiten nicht nur bestehen können, sondern grundsätzlich auch zulässig sind. Die aus einer solchen Entwicklung resultierende Komplexität der Beziehungen und mögliche größere Bewegungsfreiheit der kommunistischen Staaten und Parteien stellt die sowjetische Führung vor erheblich mehr Schwierigkeiten in der Koordinierung und Lenkung als zur Zeit Stalins, wo Disziplin, Homogenität und Einstimmigkeit Selbstverständlichkeiten waren, und wo es eine «chinesische Alternative» noch nicht gab.

Der bereits in den Jahren 1954/55 eingeleitete Transformationsprozeß im Ostblock erhielt in der sowjetischen Erklärung vom 30. Oktober 1956, also im Höhepunkt der ungarischen Revolution, seine folgenreiche Formulierung. Aus ihr heraus entwickelte Moskau in der Folgezeit jenes Prinzip der zwischenstaatlichen Beziehungen, das einen neuen Modus vivendi unter den kommunistischen Staaten schaffen und als rechtlich-politische Grundlage ihres Zusammenhaltes dienen sollte: der *sozialistische Internationalismus*. Der Begriffswelt der internationalen Arbeiterbewegung entnommen, sollte er nun auf zwischenstaatlicher Ebene jenes Instrument abgeben, das flexibel genug war, um einerseits den Führungsanspruch Moskaus als «Mutterland der Revolution» aufrechtzuerhalten, andererseits aber die zentrifugalen Strömungen in den übrigen Blockstaaten unter Kontrolle zu halten. Entscheidender noch aber ist die damit gegebene Möglichkeit Moskaus, unter Hinweis auf die diesem «proletarischen Internationalismus» innewohnende «Solidaritätspflicht», eine Intervention gegen eine aufrührerische Volkodemokratie als «brüderliche Hilfe» auszugeben⁸. Mit dieser Begründung wurde denn auch die Niederschlagung des ungarischen Aufstandes 1956 nachträglich gerechtfertigt.

Die gegenwärtige Strukturierung des Ostblocks

Überblickt man, gestützt auf die vorliegenden Analysen von *Brzezinski*, *Meißner* und die nicht minder fundierte Studie von *Walter Laqueur* im «Survey»⁹, die gegenwärtige Situation der zwischenstaatlichen Beziehungen im kommunistischen Block, so ergibt sich ungefähr folgendes Bild:

Mit Hilfe des «sozialistischen Internationalismus» soll eine möglichst große politische Einheit des Blocks, unter Beibehaltung des machtpolitischen Vorrangs der Sowjetunion, gewahrt bleiben. Dies geschieht aber unter der Voraussetzung, daß die einzelnen Regimes durch gleiche politisch-ideologische Grundlagen miteinander verbunden sind, die jeweils auf internationalen Konferenzen, einer Art von *Konzilien*, der kommunistischen Parteien — sei es lediglich der regierenden oder aller KPs — festgelegt werden. Solche allgemeinverbindlichen Beschlüsse oder «Dogmatisierungen» der politischen Generallinie wurden von den beiden Moskauer Konferenzen der 64, beziehungsweise 81 kommunistischen und Arbeiter-Parteien in den Jahren 1957 und 1960 gefaßt. Sie bestätigen die Thesen der sowjetischen Erklärung vom 30. Oktober 1956 über die (formale) Gleichberechtigung aller kommunistischen Staaten und Parteien und der vermehrten Berücksichtigung der nationalen Unterschiede der einzelnen Länder. In diesen Erklärungen kann man den Übergang von dem eindeutig sowjetisch beherrschten zu einem *allgemein kommunistischen Block* sehen, in dem nicht mehr unbedingt alles, was der Sowjetunion gut und richtig erscheint, auch von den übrigen kommunistischen Staaten und Parteien als gut und richtig akklamiert werden muß. «Bei einem genaueren Studium der Erklärung von (1960) — schreibt das polnische Parteiorgan «Nowe drogi» — läßt sich leicht feststellen, daß sie eine Absage an die Stalinsche Konzeption der Einheit der internationalen kommunistischen Bewegung ist.»

Bei dieser Gelegenheit wurde die KPdSU von ihrer früher unbestrittenen *Führerrolle* zur «Vorhut» der kommunistischen Bewegung degradiert. Das impliziert letzten Endes den Verzicht der KPdSU auf ihre Mono-

polstellung hinsichtlich der ausschließlichen Festlegung und Interpretation der jeweils gültigen Doktrin. Moskau hat mit andern Worten das Verfügungsrecht über die «absolute Wahrheit» verloren. Das Prinzip *Moskwa locuta, causa finita* wurde ersetzt durch dasjenige einer kollektiven Führung, die ihren Ausdruck in den Beschlüssen der kommunistischen Weltbewegung findet. In der Strukturierung des Ostblocks tritt somit an Stelle einer diktatorialen Hegemonie der Sowjetunion eine mehr *hierarchische Gliederung auf multilateraler Ebene*. Die Sowjetunion — darüber darf man sich allerdings nicht täuschen — verfügt innerhalb dieses organisatorischen Rahmens auf Grund ihres machtpolitischen Potentials und ihres wirtschaftlichen Übergewichts weiterhin über die klare Vorherrschaft.

Durch die notwendig gewordenen Veränderungen der Herrschaftsmethoden und den sowjetisch-chinesischen Antagonismus sind jedoch größere Differenzierungen unter den einzelnen Blockstaaten möglich und ihr innenpolitischer Spielraum ist etwas größer geworden. In einem beachtenswerten Aufsatz im «Europa-Archiv» geht *Meißner* auf diese Unterschiede ein¹⁰. Er unterscheidet dabei, unseres Erachtens fast zu weitgehend, fünf Spielarten und Abhängigkeitsverhältnisse der kommunistischen Staaten zu- und untereinander: Zur ersten Gruppe gehören zweifellos China, Jugoslawien und Albanien, die sich gegenüber Moskau einen bestimmten Grad von Unabhängigkeit erworben haben und vor allem dessen uneingeschränkten Führungsanspruch nicht mehr anerkennen. Zur zweiten Gruppe zählt *Meißner* Polen und Vietnam, wobei Polen einen gewissen Grad innerer Eigenständigkeit besitzt, Vietnam andererseits stärker von Peking als von Moskau abhängig ist. Die dritte Gruppe (Tschechoslowakei, Bulgarien und Nord-Korea) ist zwar gefolgstreuer als die vierte Gruppe (Ungarn, Rumänien und die Mongolei), besitzt aber gerade deswegen Bewegungsfreiheit, die die vierte Gruppe nicht hat. Schließlich nimmt die «Deutsche Demokratische Republik» eine Sonderstellung als der ausgeprägteste Satellit ein, dem eine eigene Staatlichkeit abgeht. Der entschei-

dende Punkt für die weitere Entwicklung des Ostblocks scheint uns aber die Tatsache zu sein, daß mit China *innerhalb* des kommunistischen Lagers erstmals ein Staat in Erscheinung tritt, der gegenüber der Sowjetunion auch *de facto* weitgehend (sicher noch lange nicht vollständig) unabhängig ist. Es kann deswegen nicht verwundern, daß die Chinesen das von Moskau energisch bekämpfte *Recht auf Fraktionsbildung* in der kommunistischen Bewegung gefordert haben.

Man kann und darf selbstverständlich diese Unterscheidungen der Abhängigkeiten nicht zu weit treiben, einmal, weil auch und gerade im kommunistischen Block vieles in Bewegung ist, zum andern, weil die Sowjetunion mit Hilfe einer verstärkten ideologischen Einflußnahme und wirtschaftlichen Integration den zentrifugalen Tendenzen entgegenzuwirken und die zwischenstaatlichen Bindungen enger zu gestalten versucht. Auf *ideologischem* Gebiet hat die KPdSU — neben den bereits erwähnten Moskauer Deklarationen — mit der Verkündung des neuen Parteiprogramms von 1961 deutlich gemacht, daß sie *mutatis mutandis* den darin vorgezeichneten (sowjetischen) Weg zum Kommunismus für alle Staaten als verbindlich und gültig betrachtet¹¹. Wie im Innern der Sowjetunion soll also auch in den zwischenstaatlichen Beziehungen die gemeinsame Ideologie als Integrationselement stärker in den Vordergrund treten, vor allem dort, wo (beispielsweise gegenüber China) ein unmittelbarer machtpolitischer Druck nicht mehr oder nur noch schwer ausgeübt werden kann. Daneben aber — und dies geht aus den Darstellungen *Uschakows*, *Bräkers* und *G. Brinkleys* (im «Survey») deutlich hervor — sind es die immer engeren wirtschaftlichen Bindungen, die allzu große Divergenzen unter den Ostblockstaaten verhindern sollen. So dürfte der Comecon einen ökonomischen Hebel für die Beschleunigung der *politischen* Integration darstellen. Die damit erzielte wachsende wirtschaftliche Interdependenz und Spezialisierung der einzelnen Länder auf der Grundlage der internationalen Arbeitsteilung mag zwar eine größere Berücksichtigung der nationalen Produktionskapazitäten bedeuten. Sie bringt aber

letzten Endes — und das ist der entscheidende Punkt — eine stärkere Abhängigkeit dieser Länder von der Gesamtwirtschaft des kommunistischen Blocks mit sich. Vorläufig braucht diese wirtschaftliche «Integration» allerdings nicht überschätzt zu werden: Die jüngste Gipfelkonferenz der Regierungs- und Parteichefs der Comecon-Staaten im Juni 1962 hat erneut die Mängel und Lücken dieser kommunistischen Wirtschaftszusammenarbeit aufgedeckt. Ja, man kann sich fragen, inwieweit überhaupt die hegemoniale Vorherrschaft der Sowjetunion mit einer echten politischen und wirtschaftlichen Integration jemals vereinbar ist. Sicher ist es nicht zufällig, daß der Comecon bis heute nicht einmal über eigene Entscheidungskompetenzen verfügt. Diese bleiben vielmehr den Regierungen und mehr noch den Parteispitzen vorbehalten. Chruschtschew spricht denn auch nicht von einer «Integration», sondern von einer künftigen «Verschmelzung» der kommunistischen Staaten, wobei er stillschweigend unterstellt, daß damit nur ein Aufgehen in der Sowjetunion gemeint sein kann. Die bisherigen Mißerfolge auf diesem Wege läßt die Sowjetunion verständlicherweise um so empfindlicher gegenüber den Erfolgen der westeuropäischen Integration werden, die ihr vordemonstrieren, daß eine internationale Zusammenarbeit auf die Dauer nur auf freiwilliger und freiheitsstaatsrechtlicher Basis möglich ist.

Perspektiven künftiger Entwicklung

Wenn man sich fragt, welches die Perspektiven einer weiteren Entwicklung dieser «divergierenden Einheit» im kommunistischen Lager sind, so hat man sich der unvermindert totalitären Struktur der sowjetisch-kommunistischen Herrschaftsmethoden bewußt zu bleiben. Wie man bei einer Beurteilung der innenpolitischen Wandlungen in der Sowjetunion wohl mehr und richtiger von einer *Modernisierung* als von einer «Liberalisierung» des Systems sprechen kann, so dürften die Veränderungen im Ostblock die Sowjetunion gleichfalls nicht zur Gewährung größerer Freiheit, sondern zu einer besseren

Anpassung ihrer Politik an die neuen Verhältnisse und zu größerer Flexibilität ihres Vorgehens veranlaßt haben. Alle zitierten Autoren, soweit sie zu dieser Frage Stellung nehmen, sind denn auch richtigerweise sehr zurückhaltend in ihrem Urteil über eine vermeintliche Liberalisierung oder gar Spaltung im Ostblock. Einig sind sie sich aber darüber, daß wir heute ein *polyzentristisches System* vor uns haben, dessen Ausgangspunkt das Entstehen einer zweiten, der chinesischen, Großmacht neben der Sowjetunion ist. Fest steht auch, daß heute der Glaube, die ideologische und organisatorische Einheit des Ostblocks sei für die Existenz des Kommunismus unerläßlich, erschüttert ist. Bis heute fehlt den Kommunisten — wie *Melvin Croan* in seinem Beitrag im «Survey» feststellt¹² — eine plausible und ideologisch fundierte Theorie über Widersprüche im *eigenen* Lager.

In der Tat befindet sich der kommunistische Block gegenwärtig viel mehr noch als in politischen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten in einer echten *Autoritätskrise*. Sie drückt sich vor allem darin aus, daß die Frage, wer eigentlich bestimmt, was gültig ist, keine eindeutige Antwort mehr findet. Wenn Chruschtschew (in seiner bekannten Rede vom 6. Januar 1961) selbst zugegeben hat, daß es heute unmöglich geworden ist, alle sozialistischen Länder und kommunistischen Parteien von einem einzigen Zentrum aus zu leiten, dann kann das nichts anderes heißen, als daß er das bisherige sowjetische Monopol mit andern zu teilen bereit ist. Nun muß aber Ideologie als geschlossenes Denksystem *per definitionem* ausschließlich, das heißt intolerant gegenüber andern Lehrmeinungen sein, sofern sie ihr Wesen als alleingültige Lehre bewahren will. Somit kann es immer nur *eine* gültige Doktrin und deshalb auf ihrer Basis auch nur *eine* gültige Politik geben. In dem Augenblick, in dem gleichzeitig mehrere Zentren den Anspruch erheben, diese Ideologie autoritativ und maßgeblich zu interpretieren — in diesem Augenblick entfällt jene völlige Ausrichtung auf eine letzte Lehrinstanz, die die Voraussetzung für die ideologische Einheit des kommunistischen Systems bildete. Was frü-

her Moskau *ex cathedra* als verbindlich statuieren konnte, ist heute Gegenstand allgemeiner Diskussion; wichtige Lehren des Kommunismus werden in Frage gestellt und damit die Ideologie in ihrem Absolutheitsanspruch relativiert. Das wiederum reduziert ihre inner- und zwischenstaatliche Bindungs- und Integrationsfunktion.

Letztlich geht es in diesem Prozeß um die entscheidende Frage, wo nun eigentlich das Zentrum der «Wahrheit» liege, auf das sich die einfachen Kommunisten ausrichten und an das sich die gefolgstreuen Parteien halten können. «Jemand hat die Frage gestellt» — so führte der ostdeutsche Parteichef Ulbricht in seinem Bericht über die Moskauer Konferenz von 1960 zu diesem heiklen Punkte aus —, «wer denn nun bestimmt, was die Wahrheit sei. . . Das Ergebnis dieser großen internationalen Beratung ist eben die Wahrheit und die schöpferische Anwendung der marxistisch-leninistischen Lehre. Die Erfahrungen und die Lehren sind in der gemeinsamen Erklärung niedergelegt. Das ist die Wahrheit.» Das heißt nichts anderes, als daß die Kompetenz zur ideologischen Dogmatisierung heute — zum mindesten theoretisch — dem *Kollektivurteil* mehrerer «souveräner» Parteien zukommt. Ihr Inhalt dürfte aber genau so wenig das Resultat einer strengen Interpretation des Marxismus-Leninismus sein wie unter Stalin, sondern vielmehr das Ergebnis eines machtpolitischen Kompromisses zwischen den einflußreichsten Parteien. Eine solchermaßen gefundene Wahrheit braucht nicht notwendigerweise dem Interesse Moskaus zu entsprechen. Wenn dem aber so ist, dann liegt darin das Eingeständnis, daß erstmals seit 1917 das sowjetisch-nationale Interesse und dasjenige der kommunistischen Weltbewegung auseinanderfallen können.

Niemand kann sagen, wohin eine solche Entwicklung führen wird. Dem Prozeß der Relativierung bisher verbindlicher Auffassungen und der Aufsplitterung in «Leitungszentren» (wie Togliatti sie genannt hat) wohnt zweifellos eine innere Dynamik inne. Sie folgt — wie das bereits die ersten Jahre der Entstalinisierung (1955/56) gezeigt haben — eigenen Gesetzen, die nur schwer un-

ter Kontrolle zu bringen sind. Chruschtschew und — in ihrem Sinne — die Chinesen sind sich dessen wohl bewußt. In Fortsetzung dieses Prozesses könnten sich Alternativvorschläge für neue Formen des Zusammenlebens der kommunistischen Staaten entwickeln, die ihnen vielleicht und hoffentlich eine etwas größere Autonomie gewähren als bisher. Aber auch das Gegenteil, eine Verschärfung der Kontrolle, könnte eintreten, obgleich das auf Grund der geschilderten Umstände weniger wahrscheinlich ist. Keiner der zitierten Autoren hat es — durchaus richtigerweise — als seine Aufgabe betrachtet, gewagte Prognosen zu stellen. Die von ihnen gegebenen gründlichen und durchwegs ausgezeichneten Analysen könnten aber für den Westen Anlaß genug sein, seine Haltung gegenüber dieser «divergierenden Einheit» des Ostblocks zu überdenken und dessen Lockerungstendenzen zu fördern, wo immer das möglich ist.

Curt Gasteyger

¹Zbigniew K. Brzezinski: *The Soviet Bloc — Unity and Conflict*. Cambridge 1960 (deutsch: *Der Sowjetblock*. Köln/Berlin 1962). ²Alexander Uschakow: *Der Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (Comecon)*. Dokumente zum Ostrecht, Bd. II, Köln 1962. ³Erich Klinkmüller/Maria E. Ruban: *Die wirtschaftliche Zusammenarbeit der Ostblockstaaten*. Wirtschaftswissenschaftliche Veröffentlichungen des Osteuropa-Instituts an der Freien Universität Berlin, Berlin 1960. ⁴Hans Bräker: *Die Tagungen des Rats für gegenseitige Wirtschaftshilfe und ihre Ergebnisse*, in: *Osteuropa-Wirtschaft* (Stuttgart), Nrn. 1 und 2/1962. ⁵Boris Meißner: *Der Warschauer Pakt*. Dokumente zum Ostrecht, Bd. I, Köln 1962. ⁶Boris Meißner: *Zur Auseinandersetzung Moskau-Peking*, in: *Ost-Probleme* (Bonn), 13. Jg., Nr. 3 vom 3. 2. 1961. ⁷Survey — *A Journal of Soviet and East European Studies* (London) Nummer 38 «The Future of Communist Society» und Nummer 42 «Polycentrism», mit Beiträgen von Walter Laqueur, Leopold Labedz, Leonard Schapiro, G. Brinkley, Melvin Croan, Boris Levitzki, Geoffrey Hudson und anderen. ⁸Vgl. Diet-

rich A. Loeber: Die Rechtsstruktur des Ostblocks, in: Osteuropa-Recht (Stuttgart), Nrn. 2—3/1961. ⁹Walter Laqueur, The Schism, in: Survey, Nr. 42, Juni 1962, und ders.: The End of a Monolith, in: Foreign Affairs (New York), April 1961. ¹⁰Boris Meißner: Sowjetrußland und der Ostblock:

Hegemonie oder Imperium?, in: Europa Archiv (Bonn), Nr. 9/1962. ¹¹Vgl. Curt Gasteyger, Perspektiven der sowjetischen Politik. Der XXII. Parteitag und das neue Parteiprogramm, Köln 1962. ¹²Melvin Croan: Communist International Relations, in: Survey, Nr. 42, Juni 1962.

DEUTSCHLAND BESINNE DICH!

Unter diesem Titel veröffentlichte die vorzügliche Wochenzeitung *Rheinischer Merkur* in ihrer Nr. 48 vom 30. November nachfolgenden Abschnitt aus einer Predigt am Buß- und Betttag von Bischof D. Dr. *Otto Dibelius*, den wir im Wortlaut abdrucken:

«Wir sind im Vergleich mit den großen Mächten der Erde ein kleines und nahezu machtloses Volk geworden. Wir leben unser Leben unter ständiger politischer Bedrohung. Selbständige Entscheidungen sind uns verwehrt. Hoffnung auf eine bessere Zukunft ist Mangelware, am Rhein wie an der Oder. Die Mauer zwischen Ost und West spaltet uns in zwei Teile, von denen keiner in voller Freiheit lebt. Dies alles drückt auf die Menschen, auch wenn sie sich dessen nicht selbst bewußt sind. Es drückt auf das ganze Niveau unseres geistigen und sittlichen Lebens. Wir sind heute eines der kinderärmsten Länder der Welt, wahrscheinlich das kinderärmste überhaupt. Damit, daß Deutschland im wissenschaftlichen Leben eine führende Stellung hatte, ist es vorbei. Wir haben zwar als Christen, die wir aus Gottes Vergebung leben, die zwei verlorenen Weltkriege innerlich bewältigen dürfen. Daß unser Volk als Ganzes diese ungeheuren äußerlichen und innerlichen Verluste der Vergangenheit überwunden hätte, körperlich, geistig, sittlich — davon kann gar keine Rede sein. Wir stehen in einem bitteren inneren Niedergang.

Ich bin nicht der Staatsanwalt des lieben Gottes, der seine Anklage gegen das deutsche Volk zu vertreten hätte. Ich bin das schon deshalb nicht, weil ich mich selber in jedes anklagende Wort einschließen muß, als ein armer, elender, sündiger Mensch, wie wir das alle sind. Aber ich muß am Bußtag doch

wenigstens ein paar Tatsachen nennen, wenn ich nicht in Allgemeinheiten steckenbleiben soll. Die Anzeichen einer inneren Erneuerung, die im Leben unseres Volkes zu spüren sind, vergesse ich keinen Augenblick: all die Opferbereitschaft, die im Westen für den Osten lebendig ist, namentlich bei unserer christlich gegründeten Jugend; die Tatsache, daß heute in unseren Gottesdiensten sehr viel mehr Jugend zu sehen ist als damals, als ich selber jung war. Ich habe mein deutsches Volk viel zu lieb, als daß ich das — und vieles andere! — je vergessen könnte. Aber heute ist Bußtag. Heute muß von dem anderen geredet werden!

Der Wille zu gewissenhafter Arbeit ist bei uns auf der ganzen Linie abgesunken. Das weiß jeder. Daß öffentlich gelogen wird, von den obersten Spitzen an bis hinunter zu den breiten Schichten der Bevölkerung, wird von Hunderttausenden nicht mehr tragisch genommen. Alles ist Propaganda geworden. Wer die deutschen illustrierten Blätter mit denen des Auslands vergleicht — von wenigen Ausnahmen abgesehen —, kann sich nur schämen. Geldverdienen ist alles. Ein großer Betrieb wird besichtigt. Einer der Besucher fragt den Verlagsleiter, ob denn das Niveau seines Blattes nicht verbessert werden könne. Er bekommt die Antwort: «Meine Aufgabe ist es, Geld zu machen; garantieren Sie mir, daß ich mit einem anderen Niveau dieselben Millionen verdiene wie jetzt, bin ich gern bereit, umzustellen!» Erhebt jemand seine Stimme für die ethische Beurteilung eines Vorgangs vom christlichen Glauben her, so wird er mit Zuschriften überschüttet, die sich an Niedrigkeit — um nicht zu sagen: an Gemeinheit! — nicht übertreffen lassen.

In unserem öffentlichen Leben spielt gegenwärtig der Streit um eine Zeitschrift eine große Rolle. Wir kennen das alle. Ein Prediger des Evangeliums hat nicht das Recht, zu ungeklärten Vorgängen das Wort zu nehmen. Nur eins muß ich sagen: Es befindet sich einer der Redakteure in Untersuchungshaft. Er hat die Freiheit, von dort aus Artikel für sein Magazin zu schreiben. Man bringt ihm eine Bibel. Über das, was er darin gefunden hat, schreibt er den nächsten Artikel. Was schreibt er? Er schreibt über die barbarische Kriegführung der Israeliten, die den grausamen Gewohnheiten jener Zeit entsprach. Er schreibt über den eifersüchtigen Gott des Alten Testaments. Er schreibt über den Harem des Königs Salomo, der zwar ebenfalls den Gewohnheiten orientalischer Despoten entsprach, der aber, wie jeder Bibelleser weiß, im Alten Testament auf das strengste gerügt wird. Zu diesem und zu al-

lerlei anderem macht er dann die hämischen Bemerkungen, die die Artikelschreiber solcher Zeitungen stets bei der Hand haben. Das ist das Ergebnis seiner Bibellektüre in der Einsamkeit seiner Gefängniszelle. Von der gläubigen Tiefe der Psalmen, von den Ringen Hiobs mit seinem Gott, von den großartigen Mahnungen und Verheißungen der Propheten hat er nichts verspürt. Solche Augen sehen eben nur das, worüber man häßliche Bemerkungen machen kann. Und dann wird dieses Gift über Hunderttausende von Lesern ausgespritzt. Die Leser aber — ach die Leser beachten das kaum! Wenn es um etwas Politisches ginge, dann würde eine Welle des öffentlichen Protestes sich erheben. Aber — es geht ja nur um die Bibel! Nichts ist kennzeichnender für den Geist unserer Zeit und für den bitteren Niedergang unseres Volkes, als daß man so etwas mitansehen muß.»

ARBEIT AM MENSCHEN IM BETRIEB — EINE UNTERNEHMER-AUFGABE

Unternehmertagung auf der reformierten Heimstätte Boldern-Männedorf

Der Mitarbeiterschulung kommt im modernen Unternehmen stets wachsende Bedeutung zu. Der neue Leiter der reformierten Heimstätte Boldern, Pfr. *Paul Frebner*, war deshalb sicher gut beraten, wenn er die Probleme einer solchen Schulung in der ersten von ihm geführten Unternehmertagung zur Diskussion stellte.

Dr. *W. E. Feurer* leitete die Tagung ein mit einer Prüfung von «Notwendigkeit und Grundlagen der Kaderförderung». Um heute eine Führungsposition in einem Unternehmen wirklich erfüllen zu können, genügen eine gute Schulbildung und ein profundes Spezialwissen längst nicht mehr. Der Vorgesetzte muß in Zusammenhängen denken lernen, er muß voraussehen können, um richtige Entscheidungen zu treffen. Er muß die Grundsätze einer richtigen Menschenführung kennen, etwa das so wichtige Prinzip der Delegation von Kompetenzen, das Vor-

aussetzung ist, damit die Untergebenen sich an ihrem Arbeitsplatz voll entfalten können. Seine Macht als Vorgesetzter muß er verantwortungsbewußt ausüben. Er muß den Mut haben, die Entwicklung wirklich unter seine Kontrolle zu bringen. Um ein solches Betriebskader formen zu können, müssen wir unser Erziehungssystem neu durchdenken. Dabei ist es Aufgabe von Handel und Industrie, einen stärkeren Einfluß auf die Erziehung auszuüben. Erziehung bedeutet wesentlich Schulung zum Erkennen der verschiedenen menschlichen Ordnungen, zum Erarbeiten richtiger Leitbilder und zur Pflege der Wertmaßstäbe, die das Durchdenken der Probleme erleichtern. Wenn heute noch allgemein die Ansicht herrscht, die eigentliche Ausbildungszeit höre mit dem Alter von 16 Jahren auf, müssen wir demgegenüber zur Erkenntnis der Notwendigkeit einer permanenten Ausbildung durchstoßen. Damit

ist die Antwort auf die Frage «Notwendigkeit oder lediglich Wünschbarkeit der Kaderförderung» gegeben. Als Grundsätze einer solchen Kaderschulung müssen gelten: 1. Schulung ist wesentlich auf Verhaltensänderung gerichtet, nicht auf Wissensäufnung. 2. Wirkliche Ausbildung ist immer Selbstausbildung. 3. Das geforderte neue Verhalten darf nicht zu weit vom alten entfernt sein — die Schulung muß schrittweise erfolgen. 4. Bei den meisten Menschen bedarf es zum Lernen eines äußeren Zwanges. Aufgabe des Lehrers ist es, den äußeren Zwang in einen inneren zu verwandeln, eine innere Motivierung für das Lernen anzuregen, die erst den richtigen Lerneifer schafft.

In einem zweiten Vortrag zeigte Dr. Feurer «Methoden systematischer Kaderförderung» auf. Am Anfang gilt es, zu erkennen, wie der Mensch in seiner Umwelt sich entwickelt, wie er sich in seiner ersten Lebenshälfte individuell entfaltet und sich seine Instrumente schafft zur Gestaltung der Umwelt, wie er sich dann in der Krise der Lebensmitte entscheiden muß, ob er auf dem Erreichten stehen bleiben, erstarren, oder ob er zukunftsgerichtet weiterschreiten will, sich freimachend für das Wesentliche; wie auch die Organisation eine Entwicklung durchläuft von der Pionier-Phase über die Differenzierung zur Integration und wie schließlich auch die Art der Führung sich wandelt vom diktatorischen Befehl über den Auftrag bis zum Prinzip der Führung durch Zielsetzung. In diesem Gesamtbild müssen nun der eigene Standort, der Standort des Betriebes und das herrschende Betriebsklima analysiert werden. Dann kann an die Behandlung konkreter Betriebsprobleme herangetreten werden. Die Schulung sollte mit gut vorbereiteten betriebsinternen Kursen beginnen und durch sorgfältig ausgelesene externe Kurse ergänzt werden. Die Ergebnisse einer solchen Schulung lassen sich selbstverständlich nicht unmittelbar in materiellem Gewinn ausdrücken. Aber der Vergleich der Resultate mit der Zielsetzung zeigt, wie positiv eine solche Schulung sich auswirkt. Wesentlich für das Gelingen ist immer die bejahende Haltung der Unternehmensleitung.

In Kurzreferaten traten Dr. H. Bertschin-

ger und Max Schuler auf einige praktische Aspekte der «Mitarberschulung und -ausbildung im freien Unternehmertum» ein. Der gute Mitarbeiter, so leitete Dr. Bertschinger sein Referat ein, ist eine Persönlichkeit, die selbstbewußt und sicher die Verantwortung trägt, die schon vor dem Beginn einer Aufgabe «vordenkt», die Durchführung durch Mitdenken begleitet und nach dem Abschluß über die Resultate nachdenkt. Eine Schulung soll drei menschliche Fähigkeiten fördern: die menschlich-technischen, die sozialen und die schöpferisch-kreativen Fähigkeiten. Die Entwicklung dieser Fähigkeiten führt den Menschen zur Selbsterkenntnis, zur Selbstbeherrschung und zur Selbstentfaltung. Je nach der Stufe des Kaders muß das Gewicht der Ausbildung verlagert werden. Während beim unteren Kader mehr das Menschlich-Technische zu schulen ist, wird beim obersten Kader das Hauptgewicht auf der Entwicklung des Schöpferisch-Kreativen liegen müssen. Immer aber soll erstrebt werden, das Kader zu einer sportlich-kämpferischen Haltung zu erziehen, wo man mit Humor etwas zu ertragen weiß.

Max Schuler sprach in offenen Worten von der Arbeit — und auch den Mißerfolgen — eines Personalleiters. Als Chef muß man den Mut aufbringen, sich auch um die letzten Fragen zu bekümmern, nämlich, wie das Christentum im Betrieb lebendig werden und an den einzelnen herangebracht werden kann. Wir müssen die Zweiteilung überwinden, die den Menschen aufspaltet in einen «wirtschaftenden», der um des Lohnes willen arbeitet und einen «geistigen», der zwar vom Christentum her Impulse empfängt, aber diese nicht als bewegende Kraft in seinen Alltag hereinbringen kann. Hier liegt unsere heutige Hauptaufgabe.

Das Gespräch über der Bibel von Pfr. Frehner bildete in der Mitte der Tagung eine willkommene Besinnung. Er wählte dafür die Anfangssätze aus dem 15. Kapitel des Römerbriefes. Wenn vor Gott auch alle Menschen gleich sind, so sind sie doch durch das Geheimnis der Schöpfung voneinander verschieden. Es gibt unter uns Starke und Schwache. Die Starken aber dürfen sich nicht von den Schwachen abwenden, um ih-

ren eigenen egoistischen Zielen nachzustreben, sie müssen vielmehr Ja sagen zum andersgearteten Du, müssen den andern helfen, damit auch die Schwachen in einer wahrhaft menschlichen Atmosphäre sich entfalten können nach ihrer Bestimmung. So erwirbt sich der Starke wirkliche Autorität, die nicht durch Zwang gestützt werden muß. Durch selbstloses Handeln, das sich nach dem Leitbild Christus ausrichtet, gelangen wir zur Freiheit.

Dr. *Rinderknecht* schloß die Tagung mit einem Gespräch über die «Arbeit an sich selbst». Schulen darf nicht nur heißen: «Erhöhung der Rentabilität», es muß vielmehr ein Dienen sein an der Entwicklung des Mitarbeiters als Mensch, ein Dienen, das heraus-

wächst aus der Verantwortung, die wir für den Nächsten tragen. Erziehen kann aber nur, wer sich selbst erzieht. Dabei ist ständige ehrliche Selbstkontrolle nötig, aber auch Kontrolle, ob wir über unseren wirtschaftlichen Zielen nicht ganze Kreise unseres Verantwortungsbereiches — etwa die Familie, die Öffentlichkeit oder die Kirche — vernachlässigen. Wir müssen Gott in uns arbeiten lassen. Die Liebe muß unser Motor sein, ein stiller, unhörbarer Motor, der uns aber zu einem wohlwollend gerechten Handeln antreibt. Arbeit an sich selbst heißt zuletzt: wir müssen uns zwingen, täglich die Begegnung mit Gott zu suchen, als der Quelle aller Kraft.

Walter Rapold

QUERSCHNITT DURCH NEUE WIRTSCHAFTSZEITSCHRIFTEN

Internationale Wirtschaftsprobleme

Während der Berichtszeit vom September bis in die erste Woche des Dezembers 1962 sind die Bemühungen um die *europäische Integration* auch für die Öffentlichkeit erkennbar wieder in ein lebhafteres Bewegungstempo geraten: Verlauf und Ergebnisse der Commonwealth-Konferenz vom September haben ebenso wie die Billigung des Kurses von Macmillan in Richtung auf die EWG hin durch den Jahreskongreß der britischen konservativen Partei am 11. 10. in der Wirtschaftspresse ein weltweites Echo gefunden, und die Begründung ihres Assoziierungsantrages durch die Bundesräte Wahlen und Schaffner in Brüssel am 24. 9. ist besonders in den Schweizer ökonomischen Zeitschriften auf stärkstes Interesse gestoßen. Auch sind die materiellen Verhandlungen zwischen der EWG und England weiter gegangen, wenn auch, mindestens zunächst, offenbar ohne ins Gewicht fallende Fortschritte; der gordische Knoten der Integration ist eben nicht leicht zu lösen. Die Fülle des Stoffs legt uns im heutigen Referat eine Beschränkung auf die wichtigsten Artikel insbesondere aus den letzten Wochen nahe. Bis in den Dezember hinein bleibt der «Economist» bei seiner

von alters her verfochtenen These über die Zweckmäßigkeit eines Anschlusses Englands an die EWG; nur tritt infolge der enttäuschenden Verhandlungen von Brüssel im Laufe der Zeit eine pessimistischere Note stärker hervor (vgl. die Ausgabe vom 3. 11.: «Eine gefährliche Etappe»). Auch die Wiener «Industrie» widmet nach wie vor den Problemen der Integration vermehrte Aufmerksamkeit, zum Beispiel am 19. 10.: «England-Verhandlungen jetzt mit Hochdruck?» Unter den Schweizer Presseorganen ziemlich isoliert, verfiert die Genfer «Wirtschaftsrevue» im Okt. («EWG-Schweiz: Was kommt nach Brüssel?») und Nov. («Das künftige Verhältnis der Schweiz zur EWG») energisch einen Beitritt der Schweiz zum Gemeinsamen Markt; in ihrer Dezemberausgabe analysiert sie den Fragenkomplex der «Steuern in der EWG». Die Brüsseler Assoziationsverhandlungen vom 24. 9. beleuchten die «Schweizerische Handelszeitung» («SHZ») am 4., die «Schweizerische Gewerbe-Zeitung» am 6. 10. und «Wirtschaftsdienst — Betriebsführung» ebenfalls im Okt. Die St.-Galler «Außenwirtschaft» hat in Heft II/III ihre Spalten Dr. Max Börlin (St. Gallen) zur Erörterung der «Agrarintegration der EWG und die Schweiz» und

Prof. Dr. Marcel Großmann (Zürich) für eine Darstellung der «Freizügigkeit der Dienstleistungen» geöffnet. Dieser letztere Gelehrte verbreitet sich auch in Heft 7 der «Schweizerischen Versicherungs-Zeitschrift» unter deren Sammelüberschrift: «Die europäische Integration und die schweizerische Assekuranz» über das Thema: «Was bedeuten die Versicherungsvorschriften der EWG für die Assekuranz der Schweiz?» Endlich befaßt sich die «Revue Economique Franco-Suisse» in Nr. 3 mit der «Sozialgesetzgebung und der europäischen Integration». — Die vor kurzem veranstaltete «wirtschaftspolitische Tagung der OECD» wird in der «NZZ» am 11. 11. (Nr. 309) besprochen, und der deutsche «Arbeitgeber» («Arbeitgeber») fragt am 5. 11.: «Wohin zielt die OECD?» Der «Economist» empfindet es am 1. 12. bemerkenswert, daß die OECD der Regierung in Washington kürzlich gute Ratschläge erteilen konnte. — In der «Schweizerischen Arbeitgeber-Zeitung» («SAZ»), Nr. 36, äußert sich H. Steffen (Zürich) «zum Abschluß der Zollverhandlungen im GATT», dessen Jahresbericht 1961 das Interesse der «NZZ» am 9. 10 (Nr. 276) geweckt hat. Am 17. 11. glaubt «Finanz und Wirtschaft» («FuW») festhalten zu müssen: «Es knistert im Gebälk des GATT.» — In *konjunktureller Hinsicht* verdient der «Wochenbericht» des Zürcher Bankhauses Bär vom 25. 10. mit seinem Studium der Zusammenhänge zwischen «Wirtschaftswachstum und Inflation» die Aufmerksamkeit des ökonomisch geschulten Lesers. Ein von der «NZZ» am 25. 10. (Nr. 292) wiedergegebener Vortrag Per Jacobssons in Washington beurteilt die Weltwirtschaftslage mit Zuversicht.

Auf dem Sachgebiet des internationalen Geld- und Kapitalmarktes erörtert der «Wochenbericht» von Bär, Nr. 35, den Begriff der «Swap-Arrangements zwischen Zentralbanken». Zu vergleichen ist zu diesem Thema aus den «Wirtschafts-Notizen» der Schweizerischen Bankgesellschaft des Nov. die Schilderung des Weges «vom Dollar-Swap zum Währungskredit». In der «Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen» («Kreditwesen») äußert sich Jacques Ittensohn am 15. 10. über «Aktien-Malaise und Finanzanalyse.

Das «Bulletin» der Schweizerischen Kreditanstalt wartet in Nr. 3 mit eingehender Betrachtung der «Kapitalmarktprobleme in atlantischer Sicht» auf, und der «Economist» vom 24. 11. tritt schließlich mit einer umfangreichen Dokumentation über das internationale Bankwesen auf. — Die Darlegungen von Dr. Lutz Köllner: «Lohnpolitik und wirtschaftliches Wachstum» im 17. Heft des «Kreditwesens» leiten nun zur *Sozialpolitik* über. «Lohnkostenvergleich 1961 in der EWG» und «die Spitzenstellung der Deutschen Bundesrepublik» (in der Lohnhöhe) «auch gegenüber EFTA-Ländern» sind im «Arbeitgeber», Heft 17, zu sehen. In Nr. 19 berichtet die eben genannte Zeitschrift von der Tagung des Vereins für Sozialpolitik in Luzern während des letzten Sommers. Auf reges Interesse wird der «Wochenbericht» Bär vom 6. 12.: «Sozialpolitik im Umbruch» stoßen. — Die «Außenwirtschaft», Heft II/III, publiziert eine Arbeit des Kieler Prof. Dr. Fritz Baade mit dem Titel: «Westeuropa und die unterentwickelten Länder». Zur «Entwicklungshilfe in Lateinamerika» läßt sich das «Bulletin» des Schweizerischen Bankvereins vernehmen. — Wertvolle Gedanken entnimmt einem Referat von Prof. Dr. Karl Jaspers über «Freiheit und Schicksal in der Wirtschaft» die «SAZ» am 25. 10. Der «Wochenbericht» von Bär enthält am 22. 11. eine anregende Skizze über die «Großunternehmung in der modernen Wirtschaft und Gesellschaft».

Von der Schweizer Wirtschaft und ihren Problemen

In *konjunktureller und struktureller Hinsicht* betont «Der Monat» des Schweizerischen Bankvereins im Okt. die offenkundige «Verlangsamung des Konjunkturanstiegs» in der Schweiz. In den «Wirtschaftspolitischen Mitteilungen», Nr. 10, der Wirtschaftsförderung verfolgen wir gern eine Ausarbeitung von Dr. Ernst Jaggi (Winterthur): «Unsere Land- und Ernährungswirtschaft im Strukturwandel». Die Zeitschrift «Deutschland-Schweiz» untersucht im Okt. «das Kaufkraftpotential der Schweiz und seine regio-

nale Verteilung». In der «SAZ» vom 18. 10. preist Dr. E. Schwarb die «Selbstdisziplin» der schweizerischen Unternehmerschaft als erfolgreich. Die amtliche «Volkswirtschaft» bringt im Nov. als stets willkommene Beilage die «Mitteilung 156» der Kommission für Konjunkturbeobachtung von der «Wirtschaftslage im 3. Quartal 1962». — Mit Befriedigung verweist «FuW» am 21. 11. auf die guten Ergebnisse des Schweizer Maschinenexports. Vizedirektor A. Voellmy hatte vorher in der «SAZ» vom 8. 11. gutachtlich zu «Chancen und Risiken im schweizerischen Export» die Feder ergriffen. — Innerhalb der *sozialpolitischen Domäne* unterrichtet der «Arbeitgeber» am 28. 10. über «das neue Arbeitsgesetz» der Schweiz, und am 5. 11. beurteilt er die Beschäftigung ausländischer Arbeitskräfte in der Schweiz als «problematisch», während die «Schweizerische Gewerbe-Zeitung» vom 17. 11. der Fluktuation dieser Fremdarbeiter gedenkt. Die «SAZ» wirft am 4. 10. einen «Rückblick auf die Behandlung des Arbeitsgesetzes im Nationalrat». Eine Artikelserie über die «Vorbereitungen der 6. AHV-Revision» in der «SAZ» bringen deren Nrn. 43 und 44. — Was die Probleme der *Finanzen und Steuern* angeht, so enthalten die «NZZ» am 8. 10. (Nr. 275) einen Beitrag und die «SHZ» am 9. 10. eine Sondernummer anlässlich der «50 Jahre Schweizerischer Bankiervereinigung»; das letztgenannte Presseorgan beginnt mit Darlegungen des Mitglieds der Generaldirektion der Schweizerischen Kreditanstalt Dr. E. Reinhardt: «Die Schweiz als Finanzzentrum im integrierten Europa.» Eine Broschüre der Schweizerischen Kreditanstalt interpretiert im Okt. «Kapitalmarkt, Emissionsgeschäft und Investmenttrust in der Schweiz». Im «Artikeldienst», Nr. 55, der Wirtschaftsförderung wird die «monetäre Entwicklung» der letzten Jahre geprüft. Mit dem Steuer-Defraudationsbericht des Bundesrates gehen die «Steuer-Revue» im Okt. und die «SHZ» am 1. 11. streng ins Gericht. Wieder ist es die «Steuer-Revue», die im Nov. ihre Stimme anklagend zum geltenden System der Vermögensbesteuerung erhebt. — Im übrigen ist hier auch heute der Zürcher Monatszeitschrift «Archiv für schwei-

zerische Wirtschaft und Wirtschaftspolitik» lobend zu gedenken; sie gestattet in gewohnt prägnanter und systematischer Form dem eiligen Leser einen Einblick in wichtige Vorkommnisse aus dem gewerblichen Leben. Die «NZZ» publiziert am 26. 9. (Nr. 263) einen Vortrag des Direktoriumspräsidenten in der Nationalbank, Dr. W. Schwegler: «Die freie Wirtschaft in der Belastungsprobe der Überkonjunktur.» Aus dem reichhaltigen Inhalt der von der Schweizer Politischen Korrespondenz stammenden Veröffentlichungen ist ein Artikel vom 1. 10. bemerkenswert: «Unser Bodenschatz: die Energie». Eine Sondernummer (Heft 1/2) der «Agrarpolitischen Revue» schildert «25 Jahre landwirtschaftlichen Informationsdienst.» «Zwölf Jahre Entwicklung des schweizerischen Versicherungswesens», so lautet die Überschrift des Leitartikels von P. Mächler in der «Schweizerischen Versicherungs-Zeitschrift», Nr. 6. Die «SAZ» vom 27. 9. druckt unter dem Stichwort: «Wirtschaftspolitische Entscheidungen von größter Tragweite» eine Präsidialansprache ab, die Dr. h. c. Carl Koechlin am 15. 9. gehalten hat; auch im französisch gehaltenen Abschnitt der «SAZ» vom 29. 11. findet sich ein Auszug aus dieser Ansprache. Der technisch versierte Leser sei auf die Vierteljahrs-Zeitschrift des Instituts für Automation in Freiburg (Schweiz): «Industrielle Forschung» hingewiesen; ihre Nr. 3 vom Okt. bringt unter anderm einen Beitrag von Dr. H. Eichenberger: «Administration, Automation, Statistik und Operations Research in der Unternehmung.» Die «SAZ» bespricht am 15. 11. «die neue Chauffeurordnung» des Bundesrates vom 5. 10.; und zum Abschluß sei der «ersten Jubiläumsausgabe» der «SHZ» vom 22. 11. aus Anlaß ihres hundert-jährigen Bestehens gedacht.

Notizen aus Gebieten politischen und ökonomischen Interesses für die Schweiz

1. *Aus Europa:* Von der *Benelux-Union* referiert «FuW» am 3. 10. über «günstigen Konjunkturverlauf» in Belgien. — Über «Frankreichs große Banken» orientiert «Kre-

ditwesen» am 15. 9. — Der «Economist» bringt am 20. 10. und 17. 11. gedrängte Notizen über *Großbritanniens* Übersee-Außenhandel. «Nationale Wirtschaftsplanung in England» nennt sich eine Abhandlung von Bernhard Reichenbach in den deutschen «Gewerkschaftlichen Monatsheften» vom Okt. — Die «Lohninflation in Italien» bildet das Thema eines Beitrages von Dr. Livio Magnani in der «SAZ» des 13. 9. «Die Entwicklung der italienischen Zahlungsbilanz» verfolgt die «NZZ» in Nr. 285 vom 18. 10. und im Hamburger «Wirtschaftsdienst» vom Nov. bezeichnet Dr. Gioachino Fraenkel-Haeberle den italienischen Süden als «im Aufbruch» befindlich. — Hinsichtlich der *nordischen Staaten* gedenkt die «NZZ» am 24. 10. (Nr. 291) der «Einkommensentwicklung in Dänemark». Der «Vierteljahresbericht» 3/1962 der Skandinaviska Banken informiert über die «Langfristplanung in Schweden». Mit ihrer Außenhandelsbeilage läßt die «SHZ» vom 18. 11. Sektionschef Willy Kobel zur Gestaltung des Handelsverkehrs Schweiz-Schweden sich äußern. — Die «Informationen aus Österreich» waren auch in der Berichtszeit eine nützliche Nachrichtenquelle über das geschäftliche Treiben in unserem Nachbarlande, dessen «wirtschaftlicher Aufstieg» unter der Regierung Gorbach der «NZZ» vom 14. 11. (Nr. 312) Eindruck gemacht hat. — Im «Bulletin» Nr. 3 (Nov.) des Schweizerischen Bankvereins werden die «Aussichten der *portugiesischen* Volkswirtschaft» bewertet. — Die wirtschaftliche Blüte in *Spanien* mutet den «Economist» vom 13. 10. als «das nächste ökonomische Wunder» an.

2. *Aus der übrigen Welt*: Ein Korrespondentenbericht aus Rio de Janeiro informiert die «NZZ» am 7. 9. (Nr. 245) über die «lateinamerikanische Wirtschaftsgemeinschaft». Auf «die großen wirtschaftlichen Engpässe in den südamerikanischen Ländern geht «FuW» am 31. 10. ein.

Von *einzelnen Staaten Außereuropas* sind es besonders die asiatischen, die in der ökonomischen Presse Beachtung finden. Im «Challenge» vom Nov. gibt Denis Warner der Befürchtung Ausdruck, daß sich *Afghanistan* dem wachsenden Einfluß Rußlands

nicht wird entziehen können. — «Horlogère» setzt am 11. 10. ihre Leser über die Lage «der *indischen* Wirtschaft 1962» ins Bild. — Die erstaunlichen Fortschritte, die *Israels* Gewerbe gemacht hat, imponieren der «NZZ» (Nr. 260) am 23., der Wiener «Industrie» am 28. 9. und «FuW» am 10. 11. — In erschöpfender Form nennt der «Economist» am 1. und 8. 9. die wichtigsten Merkmale für die Landwirtschaft, die Industrie und die Verkehrswege in *Japan*. «Kyklos» läßt in Fasz. 4 den Prof. Kenneth K. Kurihaza von der Rutgers-Universität (New Jersey) mit «Bemerkungen zu Japans 10-Jahresplan» zu Worte kommen. — Bezüglich Afrikas berichtet Dr. Axel v. Gadolin (Helsinki) im Hamburger «Wirtschaftsdienst» vom Okt. über «marokkanische Wirtschaftsprobleme». Die «Splitter» der Schweizerischen Volksbank skizzieren im Nov. ein Bild des *Senegals*. — Endlich bietet der «Wochenbericht» von Bär, Nr. 46, eine lehrreiche Instruktion über «kanadische Wirtschafts- und Währungspolitik».

Wirtschaftsinformationen über die USA

«Schein und Wirklichkeit der amerikanischen Zahlungsbilanz» werden durch Prof. Robert G. Wertheimer im Hamburger «Wirtschaftsdienst», Heft 9, gekennzeichnet. Von «Wirtschaft und Börse in den USA» wissen die «Wirtschaftsnotizen» der Schweizerischen Bankgesellschaft im Okt. zu berichten. — Über die Bedeutung der Trade Expansion Act für die amerikanische *Handelspolitik* verbreiten sich die «Monatsblätter für freiheitliche Wirtschaftspolitik» («Monatsblätter») im Sept. und «Challenge» im Okt. «Horlogère» beklagt am 6. 9. bitter die Beibehaltung der Einfuhrbeschränkungen (in den USA) für Uhren und Uhrwerke. — Prof. Hendrik S. Houthakker hält im «Challenge» vom Okt. die Abwertung des Dollars für ein realistisches Mittel zur Beseitigung des Fehlbetrages in der Zahlungsbilanz. Über «die Verschuldung der amerikanischen Aktiengesellschaften» zeigt sich «FuW» am 20. 10. orientiert. Als Sonderbeilage veröffentlichen die «Basler Nachrichten» am 28. 11. (Nr. 503) eine Abhandlung aus der

Feder des volkswirtschaftlichen Beraters in der BIZ Dr. Milton Gilbert: «Stellung und Zukunftsaussichten des amerikanischen Dollars.» — Endlich ist in den «Monatsblättern» vom Okt. ein Beitrag von Melchior Palyi: «Was haben die ‚Riesen‘ verbrochen?» lesenswert; er diskutiert das Problem der industriellen Konzentration in den USA; dieser Artikel wird in derselben Zeitschrift vom Dez. unter der Überschrift: «Die industrielle Konzentration und der Kapitalist» ergänzt.

Wirtschaft im Sowjetblock und West-Ost-Handel

Im «Economist» vom 15. und 29. ebenso wie in «FuW» vom 19. 9. kann man Gedanken über Zwecke und Ziele im Kampfe des *kommunistischen Blockes* (Comecon) gegen die EWG verfolgen. — Die Planwirtschaft der *Sowjetunion* bezeichnet Hans-J. Eisner in den «Monatsblättern», Nr. 9, als «in der Krise» befindlich. Auch die Wiener «Industrie» bringt am 26. 10. ihre «Zweifel an den bisherigen Methoden der russischen Wirtschaftsführung» zum Ausdruck. Der bekannte Rußlandspezialist Borys Lewytskyi untersucht in den deutschen «Gewerkschaftlichen Monatsheften» des Nov. die sowjetischen Arbeiterverbände «im Zeitalter des technischen Fortschritts». Der Frankfurter «Volkswirt» enthält am 30. 11. eine bedeutsame Betrachtung zu dem neuen Programm von Chruschtschew: «Der große Umzug in der Sowjetunion.» Mit dem gleichen Thema («Vorrang der Wirtschaft») befaßt sich auch die Wiener «Industrie» (30. 11.). — Zu «Gestaltung und Problemen des *polnischen* Außenhandels» nimmt die «NZZ» (Nr. 288) vom 21. 10. das Wort. Ein Korrespondentenbericht setzt den «Economist» am 27. 10. über die *tschechischen* Wirtschafts-

bemühungen ins Bild. Die «SHZ» vom 29. 11. weist hin auf «Moskaus koloniale Wirtschaftspolitik in *Mittelasien*».

«In Moskau und Brüssel wird verschieden integriert», so versichert der Frankfurter «Volkswirt» am 9. 11. «Osteuropa-Wirtschaft» erörtert in Heft 3 unter anderem «Wachstumsschwierigkeiten der Ostblockwirtschaft und ihren Wettbewerb mit dem Westen». Anatol J. Michailowsky tritt in «Wirtschaftsdienst — Betriebsführung» vom Nov. wieder mit einem Beitrag: «Der Weltkommunismus als wirtschaftlicher Gegenspieler» auf.

Sonstiges

Wie üblich nennen wir wenigstens die Schwerpunkte, um welche die «Zeitung für kommunale Wirtschaft» im letzten Quartal den Stoff ihrer Ausgaben orientiert hat: im Sept. behandelte sie die Abwasserfrage, im Okt. die Gasversorgung und im Nov. die Heizkraftverwendung in den Gemeinden. Unterhaltsam sind die «Wochenberichte» des Bankhauses Bär vom 6. und 27. 9. mit ihren Reflexionen über «Forschung und Management in der amerikanischen Industrie» bzw. «den volkswirtschaftlichen Strukturwandel». Privatdozent Dr. Andreas Miller leitet mit einem auf den Grund der Materie vorstoßenden Artikel: «Die wirtschaftlichen Auswirkungen des Bevölkerungswachstums» das Heft 3 der «Schweizerischen Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik» ein. Endlich wendet sich die Wiener «Industrie» vom 2. 11. an ihre Leser mit einer Ausarbeitung über die «Wirtschaftspolitik als Strukturpolitik».

(Abgeschlossen am 11. Dezember 1962.)

Hans Posse